

LESERBRIEFE

«Ein Stich ins Herz der Bauern»

Zum Heft des **Vereins gegen Tierfabriken (VgT)**, das im September mit der Post in diverse Haushalte geliefert wurde.

Kürzlich traf mit der Post ein grünes Heftchen des Vereins gegen Tierfabriken (VgT) ein. Neugierig und ohne Vorurteile begann ich zu lesen. Nach kurzer Zeit musste ich aber feststellen, dass in diesem Schreiben die Landwirtschaft, wie sie hier in der Schweiz betrieben wird, massiv angezweifelt und in ein schlechtes Licht gestellt wird. Langsam merkte ich, der vorher noch nie vom VgT gehört hatte, dass es sich um eine Veganerzeitschrift handelt. Die Verfasser haben somit für sich eine Entscheidung getroffen. Ein Leben ohne tierische Produkte. Dieser Entscheid ist zu respektieren. Respekt sollte aber immer gegenseitig sein! Ein Heft, in dem eine ganze Berufssparte derart böse hingestellt wird, hat meiner Meinung nach dieses Kriterium nicht erfüllt.

Der Tierhaltungsstandard mit seinen zahlreichen Vorschriften ist hierzulande sehr hoch. Natürlich können sich unsere Nutztiere nicht wie im Wilden Westen ihr ganzes Leben lang frei bewegen. Um aber die Ernährung des Volkes zu gewährleisten – ohne Lebensmittel über Tausende von Kilometern aus dem Ausland her zu transportieren –, ist ein gewisses Aufstallungssystem notwendig. Oder haben die Leute seit dem Mittelalter einen Fehler begangen?

Es gibt Verbesserungsmöglichkeiten, denn ausgelernt hat man ja bekanntlich nie, aber alles so umzusetzen, wie es sich der VgT wünscht und in seinem Heft beschreibt, ist schlicht nicht realistisch, und die Situa-



«Um die Bevölkerung zu ernähren, ohne dabei Lebensmittel über Tausende von Kilometern zu importieren, braucht es ein gewisses Aufstallungssystem», so Beat Brand. (Bild: FiBL)

tion ist sehr verzerrt dargestellt. Das ist ein Stich ins Herz der Landwirtschaft. Ich hoffe sehr, dass sich jede Person ihre eigene Meinung bildet und sich auch immer auf beiden Seiten orientiert. Bitte betrachten Sie die Landwirtschaft realistisch, und fördern Sie einen fairen Umgang. Ansonsten sehe ich schwarz für eine produzierende Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit in unserem Land.

Beat Brand
Utzen BE

«Lippenbekenntnisse nützen nichts»

Zum Artikel «Bundesrat will weniger Staat» vom 10. Oktober im «Schweizer Bauer».

Bei der Eröffnung der Olma 2015 sagte Bundesrat Johann Schneider-Ammann, dass die

Ernährungssicherheit der Schweiz wichtig sei und dass diese in der Schweiz gefördert werden müsse, um eine grösstmögliche Unabhängigkeit zu erhalten. Diese Zielsetzung klingt sehr einladend, jedoch ist momentan das Gegenteil der Fall: Immer mehr Vorschriften gestalten die Produktion der Schweizer Nahrungsmittel eher schwierig. Ausserdem verlangen die Konsumentinnen und Konsumenten höchste Qualität zu günstigen Preisen. Es gibt im Wesentlichen zwei Punkte:

1. Die Konsumentinnen und Konsumenten darauf zu sensibilisieren, die Nahrungsmittel, die sie von den Schweizer Landwirtinnen und Landwirten erhalten, zu schätzen und sie nicht verschwenderisch in den Abfall zu werfen.

2. Die Politik muss verhindern, dass grosse Konzerne und

Verteiler die Preise in der Schweiz mit ausländischer Ware drücken. Mit anderen Worten: Die Einfuhr von ausländischer Ware sollte erst möglich sein, wenn die Schweizer Ware zu Ende geht.

Es müsste ebenfalls dafür gesorgt werden, dass das Label Suisse Garantie nur Produkte enthält, die auch auf Schweizer Boden gewachsen sind.

Theo Zehnder
Eriswil BE

Leserbriefe werden im «Schweizer Bauer» gerne veröffentlicht. Kurz gefasste Leserbriefe (max. 1500 Zeichen) werden bei der Auswahl bevorzugt behandelt. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Über nicht veröffentlichte Beiträge wird keine Korrespondenz geführt.

Redaktion «Schweizer Bauer»
Leserbriefe, Pf 8135, 3001 Bern
Fax: 031 330 95 32
Mail: leserbriefe@schweizerbauer.ch

KOMMENTAR

Allianzen schmieden



Neu kommen wieder rund 30 bäuerliche und landwirtschaftsnahe Vertreter ins Eidgenössische Parlament. Das entspricht zwar einem Anteil von 12% und ist gemessen an der bäuerlichen Bevölkerung von unter 2% tatsächlich viel. Und dennoch ist die bäuerliche Vertretung im National- und Ständerat alleine zu schwach, um in Bern etwas auszurichten.

Der Kern praktizierender Bauern hat sich weiter verkleinert und konzentriert sich in der SVP. Deshalb sind jetzt Brückenbauer, besonders auch in der CVP, BDP, FDP und den Grünen, besonders wichtig, um Mehrheiten innerhalb der Parteien und über Parteigrenzen hinweg zu schmieden.

Es steht viel auf dem Spiel angesichts von Sparübungen und drohender Grenzöffnung.

Eine minimale Versorgungssicherheit, die nachhaltige Bewirtschaftung und Erhaltung unserer Böden, die Pflege von Wald, Feld und Flur für die vielfältigen Ansprüche der Mitwelt sind nicht gratis zu haben.

Der hart erkämpfte jährliche Bundesbeitrag von 3,5 Milliarden Franken zur Teilabgeltung dieser Leistungen wird immer mehr bestritten. Unseren Vertretern in Bern muss es mit starken Verbänden im Rücken, zusammen mit Bäuerinnen und Bauern und den vor- und nachgelagerten Branchen, die auch im gleichen Boot sitzen, deshalb unbedingt gelingen, die Schweizer Landwirtschaft zu erklären und Argumente zu finden.

Argumente für Marktfrische,

Gesundheit, Versorgungssicherheit, Landschaftspflege und Naherholung. Dies gerade, weil sich die Landwirtschaft zunehmend am Markt behaupten soll. Unter hartem aussen- und wirtschaftspolitischen Druck werden sich die Grenzen weiter öffnen. Dies trotz ungleich langen Spiessen bei den natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen mit einem festgefahrenen, vergleichsweise mindestens doppelt so hohen Kostenumfeld in der Schweiz. Ein Umfeld, das sich die Bauern notabene selber nicht ausgelesen haben und dem sie auch nicht wie Industrie und Dienstleister ins Ausland ausweichen können und wollen.

Da reichen auch Produktivitätssteigerungen kaum. Obwohl es den Bauernfamilien 2015 gelang, ihre Kosten erneut zu senken (-2,4%) wird wegen tieferen Erträgen im Pflanzenbau (Wetter) sowie den schlechten Produzentenpreisen für Milch und Schweinefleisch allein in diesem Jahr ein um 11% tieferes Einkommen erwartet. Pro Familie sind dies umgerechnet erneut Einbussen von ungefähr 5000 Franken pro Jahr. Mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von rund 50 000 Franken bieten sich kaum Perspektiven. Die Demonstration morgen in Bern ist nur logisch.

Neben fairen Preisen ist es wichtig, dass unsere neu gewählten Vertreter in der aktuellen geopolitischen Lage eine weitere Grenzöffnung verhindern. Zudem muss Swisness konsequent umgesetzt und die Volksinitiative für Ernährungssicherheit gewonnen werden.

Rudolf Haudenschild,
Chefredaktor